

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Ulrike Flach, Otto Fricke, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Werner Hoyer, Dr. Wolfgang Gerhardt, Harald Leibrecht, Marina Schuster, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Birgit Homburger, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/2300, 16/2302, 16/3124, 16/3125 –**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Personalsituation im Auswärtigen Dienst ist insgesamt unbefriedigend. Der Personalbestand des Auswärtigen Dienstes ist auf die Größenordnung vor dem europäischen Einigungsprozess gesunken. Die aktuelle Stellenausstattung des Auswärtigen Amtes ist signifikant kleiner als entsprechende diplomatische Dienste vergleichbarer Staaten und hält daher mit den gewachsenen Aufgaben nicht mehr Schritt.

Die Anforderungen an den Auswärtigen Dienst sind jedoch in dem Maße gestiegen, wie die Herausforderungen für Deutschland zugenommen haben und die internationale Verantwortung gewachsen ist. Diese Herausforderung kann nur durch Bereitstellung entsprechender Ressourcen – vor allem im Personalbereich – bewältigt werden.

Mit zwei Reforminitiativen hat das Auswärtige Amt die Effizienz und Effektivität des Personals gesteigert, damit der Auswärtige Dienst angesichts dieser Per-

sonalknappheit neuen außenpolitischen Herausforderungen so weit wie möglich gerecht werden kann.

Außenpolitisches Handeln wird von der Dynamik der internationalen Beziehungen geprägt. Die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands wird ohne eine adäquate Personalausstattung nicht erhalten bleiben können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

den bisher kontinuierlich durchgeführten Planstellen- und Stellenabbau im Auswärtigen Dienst in der bisherigen Form nicht fortzusetzen und den Auswärtigen Dienst von der in § 20 des Haushaltsgesetzes 2007 geplanten Stelleneinsparung von 1,2 Prozent auszunehmen.

Berlin, den 21. November 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion